

Stellungnahme zur Frage, ob der vormalige Kronprinz Wilhelm dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet hat

Dr. Dr. Benjamin Hasselhorn, Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

vorgetragen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2020

Die hier verhandelten Anträge gehen davon aus, dass der vormalige Kronprinz Wilhelm dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet hat. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ist ein solch eindeutiges Urteil nicht zu rechtfertigen.

Bezeichnenderweise kommen die zu dieser Frage bereits vorliegenden Historikergutachten zu drei verschiedenen Antworten:

- Stephan Malinowski und Peter Brandt vertreten die Auffassung, der Kronprinz habe dem NS-System erheblichen Vorschub geleistet;
- Christopher Clark vertritt die Auffassung, der Kronprinz habe Vorschub geleistet, aber keinen erheblichen;
- Wolfram Pyta und Rainer Orth vertreten die Auffassung, der Kronprinz habe keinen Vorschub geleistet.

Alle drei Auffassungen sind wissenschaftlich begründbar. Wie kommt diese Uneindeutigkeit zustande? Ich sehe zwei Hauptursachen:

- *Erstens* fehlt es noch an grundlegender Quellenforschung zum Kronprinzen. Bis heute gilt die Biographie von Klaus Jonas als Standardwerk. Dieses Buch erschien 1962 und genügt nicht heutigen wissenschaftlichen Kriterien. Das Gutachten von Pyta und Orth hat außerdem gezeigt, dass offenbar noch nicht alle einschlägigen Quellen gesichtet und ausgewertet sind.
- *Zweitens* scheint mir die Antwort stark davon abzuhängen, welchen Interpretationsrahmen man zu Grunde legt. Das gilt vor allem für das Verhältnis von Konservatismus und Nationalsozialismus.

In jedem Fall ist die im Antrag der Grünen-Fraktion vertretene Auffassung, es sei in der Endphase der Weimarer Republik um die Alternative „Demokratie oder Nationalsozialismus“ gegangen, zu undifferenziert. Tatsächlich war die historische Lage sehr viel komplizierter. In der Geschichtswissenschaft wird jedenfalls noch, und zwar mit offenem Ausgang, debattiert, wie die verschiedenen Versuche zu beurteilen sind, angesichts der „Auflösung“ (Karl Dietrich Bracher) der Weimarer Republik staatspolitische Alternativen durchzusetzen, die zwar das parlamentarische System beseitigt, aber auch die „Machtergreifung“ Hitlers verhindert hätten: Den einen

erscheinen diese Versuche als „Wegbereitung“ des Nationalsozialismus, den anderen als Versuche, angesichts der großen Wahlerfolge der NSDAP das Abgleiten in den nationalsozialistischen Totalitarismus zu verhindern.

In diesem komplexen Zusammenhang sind die Aktivitäten des Kronprinzen einzuordnen. Sein Ziel war eine Wiedereinführung der Monarchie. Unklar ist dabei, mit welcher Intensität er dieses Ziel verfolgte. Klar ist, dass er sich für die Erreichung dieses Ziels verschiedene Bündnispartner suchte. Für eine Weile, im Wesentlichen zwischen 1932 und 1934, gehörte auch die NSDAP dazu. Im gleichen Zeitraum scheint Kronprinz Wilhelm allerdings auch seinen Freund Kurt von Schleicher unterstützt zu haben, der als letzter Reichskanzler der Republik versuchte, Hitlers Machtübernahme durch eine „Querfront“ zu verhindern, die von den Gewerkschaften bis zum Strasser-Flügel der Nationalsozialisten reichen sollte.

Damit sollen die öffentlichen Aktivitäten des Kronprinzen Wilhelm zu Gunsten der NSDAP nicht in Abrede gestellt werden. Es handelt sich bei diesen Aktivitäten um die Aufforderung, bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932 für Hitler zu stimmen, um das Bekanntwerden seiner Warnung vor einem Verbot von SA und SS im selben Jahr, um seine Teilnahme am sogenannten „Tag von Potsdam“ im März 1933, sowie um einzelne öffentliche Stellungnahmen zugunsten des Regimes in den Jahren 1933 und 1934.

Die Interpretation dieses Verhaltens ist auf mehreren Ebenen strittig:

- Handelte es sich *erstens* um ein Vorschubleisten oder um einen Verhinderungsversuch einer Machtübernahme Hitlers, oder vielleicht um gleichzeitig ablaufende und faktisch gegenläufige Aktivitäten?
- Erfüllen die Aktivitäten des Kronprinzen *zweitens* das Erheblichkeitskriterium der „gewissen Stetigkeit“, wie Malinowski und Brandt meinen, Clark aber nicht?
- Erfüllen die Aktivitäten des Kronprinzen *drittens* das Erheblichkeitskriterium, dass der Nutzen, den das NS-Regime aus ihnen zog, „nicht ganz unbedeutend“ gewesen sein darf? Mit den direkten machtpolitischen Umständen der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte Wilhelm nichts zu tun; um seine erhebliche Wirkung trotzdem plausibel zu machen, muss man von der hohen Symbolkraft seiner Handlungen ausgehen. Die allerdings lässt sich sehr schwer messen; einerseits gab es durchaus eine große Bedeutung seiner Familie, die Preußen symbolisierte, andererseits galt der Kronprinz aufgrund seiner Flucht im November 1918 im Volk als unbeliebt und diskreditiert, und das besonders unter Konservativen.
- *Viertens*: Wie lassen sich Handlungsmotive und Handlungswirkungen sauber gegeneinander abwägen? Kann jemand, der die Machtübernahme Hitlers verhindern wollte, diesem ungewollt trotzdem Vorschub geleistet haben? Und inwiefern wäre das vorwerfbar? Anders gefragt: Haben diejenigen Konservativen, die die NSDAP durch Beteiligung an der Macht „zähmen“ wollten, damit erheblichen Vorschub geleistet, weil diese Strategie versagte? Ist dieser Vorschub stärker zu gewichten als der, den etwa die SPD leistete, weil sie seit 1930 keine Reichsregierung mehr

unterstützte und in Schleicher einen gefährlicheren Gegner sah als in Hitler?

Alle diese Fragen sind mit guten Gründen unterschiedlich beantwortbar. Der Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Martin Sabrow, hat in einem Interview erklärt, eine eindeutige geschichtswissenschaftliche Antwort sei wahrscheinlich nicht möglich. Seine Begründung: „Historische Urteile folgen nie der Ja-oder-nein-Logik der gerichtlichen Entscheidungsfindung, sondern verstehen sich immer als zeitbedingt, revisionsfähig und perspektivenabhängig.“ Dieser Auffassung schließe ich mich an.